

Ausnahmezustand in Dresden!

(Fortsetzung von Seite 1)

Gang unabhängig von dem Inhalt des angeblichen Kundgebungsverbotes wird die Begründung gekennzeichnet durch die Darstellung, die KPD wolle den bewaffneten Umsturz durch eine öffentliche Kundgebung vorbereiten.

Selten ist eine solche alarmierende Maßnahme wie dieses Kundgebungsverbot so primitiv begründet worden. Deutlich zeigt sich hier der Kurs, den das Schieds-Rabinett steuert. „Bourgeoisie und Faschismus“ — das steht unter dem besonderen Schutz dieser Regierung. Die Nazis reißen sich die Hände, während in den Reihen der Dresdner Arbeiterschaft härteste Empörung herrscht. Die braune Mordpest kann ungehindert einen nicht gezähmten Sonderzustand für eine Versammlung am 6. November in der „Bärenschänke“ verbreiten, in dem es wirklich heißt:

„Die großen politischen Parteien rücken zum letzten großen Schlag gegen das marxistische System. Wir Nationalsozialisten haben ein Werk der Politik aufzubauen, durch das uns auch nicht ein (im Handzettel unterstrichen) die KPD) Marzist entzweifelt.“

Hier wird unverhüllt und triumphierend auf die Mordpläne des Hitlergehirns hingewiesen — der Leiter der politischen Abteilung im Dresdner Polizeipräsidium, Herr C i n e r t, erklärte aber einer Protokolldelegation, die Nazis wollten nur auf legalem Wege ihr Ziel erreichen. . . , deshalb wird ihre Kundgebung am selben Tage erlaubt, während die der KPD verboten wird. Und jetzt folgt der kleine Belagerungszustand, damit auch kein SPD-Arbeiter am 9. November auf die Straße gehen darf.

Und die Regierung, die diese Politik durchführt, wird gehäfen und gestützt von den SPD-Führern! Krampfhaft versucht die Volkszeitung die rote Volksbegehraktion der KPD gegen den Schieds-Landtag als Zusammenarbeit mit dem Faschismus hinzustellen. Dieser kleine Belagerungszustand vom 7. bis 11. November zeigt, wo die Schrittmacher des Faschismus sitzen. Bei dieser Hege entschließt der Volkszeitung jedoch ein Geständnis. Zunächst erklärt sie, daß auch die Kommunisten „unter keinen Umständen für eine Nazi-Regierung zu haben sind“. Und dann kommt die bleiche Furcht vor dem Massenmarsch der SPD-Arbeiter ins Lager der KPD-Wähler deutlich zum Ausdruck in der Feststellung:

„Wie aber würde ein neuer Landtag aussehen? Bei allen bisherigen Wahlen haben die Nazis ihre Erfolge auf Kosten der bürgerlichen Rechte erzielt, während die Sozialdemokratie im wesentlichen doch nur Stimmen an die Kommunisten abgab.“

Hier wird deutlich genug zugegeben, weshalb die rote Volksbegehraktion von den SPD-Führern eifrig bekämpft wird. Wenn ihre Kosten gesichert sind, werden diese selbst SPD-Führer jeder faschistischen Regierung die Stelzhölzer halten, deshalb ihre Furcht vor Neuwahlen und dem kommunistischen Vormarsch, deshalb ihre direkte Unterstützung des faschistischen Kurzes im Reich und in Sachsen! Und die SPD-Führer um Sendewitz-Fabian sind das Sammelbecken, das den Abmarsch der SPD-Arbeiter zur KPD verhindern soll!

Die Dresdner und sächs. Arbeiter werden abrechnen mit allen offenen und heimlichen Schrittmachern des Faschismus. Antifaschistische Massenmobilisierung unter Führung der KPD im Zeichen des roten Volksbegehrens, das ist das Echo, das auf die Volksbegehren der Schieds-Regierung und die antikommunistische Hege ihrer nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Schlinglinge erfolgen wird!

Gegen nationalfaschistischen Mordterror, gegen den Schieds-Kurs der Bourgeoisie, gegen den Arbeiterverrat der sozialdemokratischen Führer wird die rote Einheitsfront marschieren im roten Volksbegehren der KPD für Arbeit, Lohn, Brot und Sozialismus, für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland!

Hennings Ermordung vorher überlegt

Naziführer begrüßen die Arbeitermörder

Der gestrige dritte Verhandlungstag gegen die Mörder des Genossen Hennings erbrachte neue Beweise für die Zielbewußtheit, mit der der Mord von den Nazileuten vorbereitet und verübt wurde.

Sie hatten bei ihrem Feuerhaug auch die im Autobus sitzende Frau K i e d i s c h e r an der Hand verletzt. Unmittelbar nach der Tat hat der Mörder Janzen zu dem Mann der Verletzten gesagt: „Ich habe gut auf Henning gezielt und kann mir gar nicht denken, daß ich jemand anders getroffen habe.“ Es entsteht große Bewegung im Saal und der Vorsitzende fragte den Zeugen K i e d i s c h e r, der diese Tatsache mitteilte: „Ihrer Meinung nach handelte es sich also um eine abgetarzte Sache?“ Darauf K i e d i s c h e r: „Die Täter müssen es sich vorher fabelhaft überlegt haben.“

Dann wurden die Hintermänner der Mörder vernommen, die nicht auf der Anklagebank sitzen: der Organisator der Aktion, Ständartenführer S t i p p i n, der propagierende Frechheiten vordringen durfte, Gauführer Kaufmann und Geschäftsführer v. A l s ö r d e n. Die Jungen grüßen die angeklagten Mörder und drücken ihnen deutlich ihre Sympathie aus.

Nazi-Anwalt treibt Sowjet-Hege

In der heutigen Verhandlung gegen die drei Mörder des kommunistischen Bürgerrechtsabgeordneten Genossen Hennings erlaubte der Vorsitzende dem von Hitler gestellten Verteidiger der Mörder, Rechtsanwalt Franz 2, die unverschämtesten Provokationen gegen die Sowjetunion.

So konnte Franz unangefochten erklären: „Wir müssen verhindern, daß in Deutschland eine Welt des Untermenschentums errichtet wird, wie sie in der Sowjetunion herrscht.“ Der Gerichtshof ließ diese Beschuldigung nicht nur ungerügt vorübergehen, sondern gab dem Antrag des Mordverteidigers auf Nichtverurteilung des bei der Tötung Hennings schwer verletzten Genossen K a h n b l e y statt. Mit der famosen Begründung, es bestehe die Möglichkeit, daß K a h n b l e y bewaffnet gemessen sei.

Dann werden die Zeugen des Mordes vernommen, deren Aussagen die kaltblütige Ueberlegung bestätigen, mit der die Mörder vorgegangen sind.

Maulkorb für EZB-Mitglieder

Sendewitz erklärt Diskussionsverbot für den EZB Der Berliner Vorsitzende des Sozialistischen Jugend-Bundes K r o z m a n n hat in einer Bezirksleitungsung erklärt, daß für alle Fälle, wo mit Kommunisten diskutiert werden soll, die Erlaubnis der SA eingeholt ist. Er erklärte wörtlich:

Naziführer wollen Inflation

Jeder für zweite Geldentwertung auf Kosten der Wertmäßigen

Der Naziführer Feder, hat am 2. November in einer Kundgebung in Magdeburg Propaganda für die Herausgabe eines besonderen Innengeldes neben der Goldwährung gemacht. Es ist klar, daß das nichts anderes ist, als die Förderung nach Durchführung einer zweiten Inflation. Das bestätigt sogar die zentralistische Germania, die am 5. November u. a. schreibt:

„Also doch noch Feders alter Plan? Sei ihm noch! Wir sind wohl die wirtschaftlichen Sachverständigen, die Feder für seinen Gelderlass als Patronen vorstellt? Namen wären uns wertvoller als Andeutungen. Und was heißt „Abkehr von der Goldwährung“? Nach unserer Ueberzeugung und der allererster Wissenschaftler und Wirtschaftler: Inflation! Mit ihr ist auch jede Geldmehrschöpfung auf Federschem Wege identisch.“

Inflation, das bedeutet Lohnabbau auf dem Wege der rasenden Preissteigerung, bedeutet Enteignung der kleinen Sparrer. Im Interesse der Großkapitalisten, die ihre Schulden auf diesem Wege loswerden wollen, und die ihr Vermögen an sicherer Stelle haben, wollen die Naziführer eine zweite Inflation herbeiführen. Mögen sich das alle Angehörigen des werktätigen Volkes merken und daraus die Konsequenzen ziehen.

Nazis gegen kleine Beamten

In Offenburg in Baden haben die Nazis wieder einmal gezeigt, wie wenig ernst es ihnen mit ihren Versprechungen für die kleinen Beamten ist. In dieser kleinen Stadt ist ein Beamter

angestellt mit 1700 Mark Jahresgehalt. Da mit diesem Geld eine Familie selbstverständlich nicht auskommen kann, versuchte seine Frau als Brotverkäuferin etwas hinzuverdiene. 15 bis 20 Mark kamen dabei monatlich heraus.

Das gab den Nazis den Anlaß, um im Rathaus gegen die „Doppelverdiener“ Sturm zu laufen. Sie verlangten, daß die Frau des kleinen Beamten das Brotverkaufen verboten werden soll.

Gegen die größten Doppelverdiener in ihren Reihen, die pensionierten Generale, die gleichzeitig Ausschussschlichter oder Großgrundbesitzer sind, gegen sie rühren die Nazis selbstverständlich keinen Finger.

Die unteren Beamten mögen sich diese Haltung der Naziführer einprägen.

Nazi-„Argumente“

In einer nationalsozialistischen Versammlung im evangelischen Gemeindehaus Kreuznach kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und SA-Banden. Ein kommunistischer Diskussionsredner erwiderte in wirkungsvollen Ausführungen die Phrasen des Nazi-Referenten. Als auf seine Ausführungen ein großer Teil der Versammlungsbesucher mit einem dreifachen Not-Front antwortete, begannen die SA-Deute auf die Versammlungsbesucher einzuprügeln. Das Mobiliar des Saales wurde vollkommen zerschmettert. Drei Nazis wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Nur noch 26,9 Prozent Notendeckung

Refordziffern des Notenumlaufs / Reforddefizit an Gold und Devisen

„Refordziffern bei der Reichsbank“ meldet das Nachrichtenbüro der Telegraphen-Union. Und es ist so: Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank ist in der letzten Oktoberwoche um über 12 Millionen Mark gesunken und hat damit einen Reforddefizit erreicht.

Der Betrag der umlaufenden Noten ist um über 373 Millionen Mark gestiegen und hat damit einen Refordhöhepunkt erreicht.

Hinter jeder umlaufenden Papiermark stehen heute nur noch 26,9 Pfennig gegenüber 29,4 Pfennig in der Vorwoche. Damit hat die Notendeckung einen Reforddefizit erreicht.

Die bedeutende Steigerung des Banknotenumlaufes wird von dem „Berliner Tageblatt“ wie folgt begründet: „Sie ist auf das Konto der wieder aufgenommenen Abhebungsbewegungen bei den Sparkassen zu setzen.“ Das bedeutet, daß die Reichsbank den Sparkassen wieder Millionen hat leihen müssen, damit diese nicht zahlungsunfähig werden.

Das bedeutet weiter, daß die Reichsbank in ihrem um über 340 Millionen Mark angeschwollenen Wechselbestand wieder eine große Anzahl von Finanzwechsel hat aufnehmen müssen, denen keine Waren gegenüberstehen, die also unter Umständen zu Preissteigerungen führen können.

Neben den Banknoten hat die Reichsbank auch für rund 60 Millionen Mark Silbergeld ausgegeben, so daß

jetzt für über 170 Millionen Mark mehr Münzgold umläuft als Ende September.

Da aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit im Rahmen des Stillhalteabkommens eine ganze Reihe von Devisenabnahmen zu leisten sein werden, da weiterhin nur eine geringe Aussicht auf einen anhaltenden Abbau des Wechselbestandes der Reichsbank und damit im Zusammenhang des Papiergeldumlaufs besteht, so ist mit einer weiteren Zunahme der Lage bei der Reichsbank zu rechnen.

Bankrott im Dritten Reich

Nach einer Meldung aus Rom ist die größte Bank Italiens, die Banca Commerciale Italiana in Mailand zusammengebrochen. Diese Bank kontrollierte die größten von der faschistischen Regierung stark gesicherten Konzerne der chemischen Industrie, der Metallindustrie, der Kunstseidenindustrie, der Elektrizitätsindustrie und der Schifffahrt. Das Kapital, mit dem die Bank arbeitete, betrug Ende 1939 circa 8,28 Milliarden Lire (etwa 1,65 Milliarden Reichsmark).

Arbeitermord — Demonstration verboten

Kieja, 6. November.

Nachdem die Faschisten die Empörung der Massen über die niederträchtige Ermordung des Kiejaer Reichsbannerarbeiters durch nationalsozialistische Banditen zu fürchten beginnen, hat der Stadtrat bis auf weiteres alle Versammlungen und Umzüge verboten. Dieses Verbot richtet sich offen gegen die Arbeiterorganisationen.

Der Protest der Massen wächst

Wie uns von Mitgliedern der Bauarbeiterdelegation mitgeteilt wird, wogerte sich Polizeipräsident Dr. P a l l i s c h, die Proteste gegen das Kundgebungsverbot in Dresden permissiv entgegenzunehmen. Er überließ es Herrn C i n e r t, die Delegation abzuleiten mit dem Hinweis auf die „Negativität“ der Nazis im Gegensatz zur KPD. Aus der Fülle der Proteste, die täglich bei uns einlaufen, greifen wir heraus: Spielvereinigung Dresden, Ortsgruppe P i e t s c h e r der Kriegs- und Arbeiteropfer, die Bezirksgruppenversammlungen Striesen, Neustadt und Adelsberg der IAG, Kampfbund gegen den Faschismus, Abt. 1.

Streik Hamburger Bauarbeiter

Die in norddeutscher Einheitsfront im Streik Kampf gegen die Firma Ehlers in Hamburg zusammen mit den Mitgliedern des roten Bauarbeiterverbandes streikenden Kollegen des Baugewerksbundes haben durch ihren Protest die Gewerkschaft gezwungen, den Streik anzuerkennen und Streikunterstützung zu bewilligen.

Die Firma Ehlers versuchte Erwerbslose als Streikbrecher an die Baustellen zu bringen. Die Streikbrecher jedoch stützten die vermittelten Arbeiter auf und so von den 40 zum Streikbruch angemordeten Arbeiter wogerten sich, die Arbeit anzunehmen. Ein glänzender Beweis der praktischen Solidarität der Erwerbslosen mit den streikenden Bauarbeitern.

Hafenarbeiterstreik geht weiter!

H a m b u r g, 5. November. (Fig. Verleht.) Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter unter Führung der IAG geht ungebrochen weiter. Die Naziführer lassen ihre Maßnahmen fort, ganze Trupps ihrer Anhänger zum Streikbruch vorzuschieben.

Die Naziführer, die in Hamburg gemeinsam mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie den Streikbruch organisieren, beschließen mit Recht, daß die Durchführung dieses demokratischen Streikbruchs laufende bis heriger Anhänger zum Rebellion und zum Abmarsch nach links bringen wird, und allein aus diesem Grunde hat das Hamburger Sozialblatt geschrieben, daß die Nazis keinen Streikbruch ausüben wollen. Da aber die Hamburger Arbeiter und mit ihnen die Arbeiter ganz Deutschlands leben und erfahren, daß tatsächlich ganze Trupps von Nazis als Streikbrecher nach dem Hafen kommandiert werden, so kann die Kampfpresse mit ihrem Schindel wenig werden finden. In diesem Moment kommt die SPD-Prellerei der Naziführer zu Hilfe und behauptet ebenfalls, daß die Naziführer für den Streik der Hafenarbeiter seien.

lich: „Mit den Jungkommunisten werden wir nicht gemeinsam kämpfen und diskutieren.“

Bezeichnend ist, daß das Diskussionsverbot gerade jetzt heraustritt, wo der Kampf der Metallarbeiter unmittelbar bevorsteht und die Jungmetallarbeiter und Lehrlinge von der KPD-Jugend zum Streik mobilisiert werden. K r o z m a n n sagt dazu, daß einwilligen „wichtigere Arbeit“ vorliege.

Die Mitglieder des EZB werden sehr bald merken, daß die SA-Führer und die Sendewitz-Funktionäre dieselbe arbeitlerfeindliche Politik machen. Die Jungkommunisten werden trotzdem immer wieder Diskussionen mit Mitgliedern des Sozialistischen Jugend-Bundes herbeiführen, um mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen Faschismus und Unternehmerterror gegen Lohnraub und Arbeitsdienstplicht zu führen.

200000 Textilarbeiter gefündigt

Tarifloser Zustand für 200 000 Sachsen-Textiler

Die Textilindustriellen beabsichtigen im Laufe dieser Woche allen Textilarbeitern in Rheinland und Westfalen zu kündigen, um einen ungeheuren Lohnabbau durchzuführen. Von dieser Massenkündigung werden mehr als 200 000 Textilarbeiter betroffen. Bei den 200 000 sächsischen Textilarbeitern ist bereits tarifloser Zustand. Den Textilern sollen zum dritten Male die Hungerlöhne abgebaut werden.

Die Textilarbeiter müssen sich sofort zur Gegenwehr bereit machen. In allen Betrieben müssen Kampfleitungen gewählt werden und unter Führung der KPD muß der Kampf gegen die profitgierigen Textilindustriellen aufgenommen und durchgeführt werden.

Neues in Kürze

Nach einem Berliner Abendblatt soll sich Hilferding in Paris aufhalten und hinter den Kulissen mit dem französischen Finanzminister verhandeln.

Der Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium S p i e d e r, früherer Reichspressesek., der bisher die Dienststelle zur Beobachtung der „Rebellen“ leitete, ist vom Reichsinnenminister G r o e n e r mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt entlassen worden.

Die „Völkische Zeitung“ meldet, daß Genosse S c h e r i n g e r einen erneuten Ausbruchversuch unternommen haben soll. Angeblich habe er ein Loch in die dicke Mauer brechen wollen, das aber bei einer Zellenrepression erstickt worden sei.

Fest steht, daß ein Grund gesucht werden soll, um die Hoff der Genossen Schüringer erneut zu verhängen.